

Ökonomische Aspekte des Wahl- und Wanderungsverhaltens der Oberschlesier im 20. Jahrhundert

von
Karl von Delhaes

Winfried Irgang
zum 65. Geburtstag

I. Vorbemerkung

Es ist nun schon eine Weile her, dass man sich von der Wirtschaftsge-
schichte einen entscheidenden Beitrag zur Erklärung vergangener Entwick-
lungen erhoffte. In der Zwischenzeit scheint sich die Geschichtswissenschaft
auf die Suche nach einem weniger materialistischen, nach einem „voll-
ständigeren“ Menschenbild als Ausgangspunkt ihrer Interpretationen begeben
zu haben. Eine Auszählung verwendeter Begriffe in aktuellen Beiträgen weist
deutlich auf die Begriffe „Kultur“ und „Kulturgeschichte“. Ein Fortschritt –
insbesondere gegenüber dogmatisch marxistischen Positionen – ist dies
sicherlich, wenngleich damit bisweilen eine gewisse Beliebigkeit der Ansätze
einhergeht.

Da, abgesehen von der Erschließung neuer Quellen und deren kritischer
Auswertung, sich nur neue Interpretationen des gesicherten Bestandes als
Forschung qualifizieren, führt die Dialektik¹ des wissenschaftlichen Diskurses
leider zunächst zu erneuten Einseitigkeiten und Verengungen, weil ja die
größere Erklärungskraft der eigenen Sichtweise gegenüber der bisherigen
hervorgehoben werden muss. Bezeichnend für diesen Vorgang ist etwa fol-
gendes Zitat, das auf die (vor allem heuristisch legitimierte) Abstraktion des
„*homo oeconomicus*“ Bezug nimmt:

„This normative ideal of a human being solely guided by rational actions and
effective ambitions for profit maximisation is a character of thought, which might
have served as a component for the creation of economic theories. However it
never became reality, not even in England.“²

¹ Dialektik wird hier ausdrücklich als Beschreibung, nicht aber als „Methode“ des wis-
senschaftlichen Diskurses verstanden.

² Siehe RUDOLF JAWORSKI: Economic Interests and National-Cultural Self-Assertion, in:
History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe, hrsg. von HELGA
SCHULTZ und EDUARD KUBÛ, Berlin 2006, S. 59-69, hier S. 61.

Schließen wir einmal aus, dass der Autor hier Selbstverständlichkeiten mitteilen möchte, will er dann nahelegen, dass wirtschaftlich rationales Handeln, wie es am Modell des *homo oeconomicus* exemplifiziert wird, in der Geschichte nicht vorkommt? Genauso wenig, wie sich historische Prozesse auf materielle Interessen der Akteure reduzieren lassen, ist es zweckmäßig, diese Motivation aus dem Diskurs auszublenden, und sei es auch nur, weil das Erreichen beliebiger Ziele zumeist in höherem oder geringerem Maße an materielle Voraussetzungen geknüpft ist. Die Autonomieforderungen der „Lega Nord“ z.B. haben sicherlich einen wesentlichen Antrieb durch die erheblichen Transferzahlungen an den italienischen Süden erhalten, und neben anderen Erklärungen für den Zerfall Jugoslawiens ist das Argument einer für die exportorientierten Teilrepubliken Slowenien und Kroatien schädlichen Wechselkurspolitik Belgrads durchaus ernst zu nehmen.

Im Gegensatz zum wirtschaftswissenschaftlichen Ansatz, der auf das Angebot öffentlicher Güter und die dafür erforderlichen Abgaben abstellt³, wird das Streben nach Autonomie⁴ in der neueren historischen Literatur oftmals als Ergebnis einer besonderen, von jener der Kollektive, gegenüber denen sie angestrebt wird, zu unterscheidenden kulturellen Identität vorgestellt. In einem „postmodernen Verständnis des Begriffs Identität“, wie er von Philipp Ther angeboten wird, handelt es sich dabei um „eine in der Intensität und Form variable Identifikation, die von historischen Rahmenbedingungen und Kontexten sowie ihrer Perzeption beeinflusst wird und als Ergebnis sozialer Interaktion entsteht“.⁵ Mit den beiden letzten Elementen dieser Definition wird zugleich das seit langem akzeptierte Identitätskriterium der Sprache einbezogen. Wichtig ist außerdem die Betonung der Identifikation als eines historischen Prozesses und des damit – in gewissen Grenzen – variablen Charakters jeglicher Identität.

³ Zur räumlichen Begrenzung des Angebots öffentlicher Güter siehe ausführlicher KARL VON DELHAES: Wirtschaftliche Großräume oder nationalstaatliche Parzellierung? Die ökonomische Funktion von Grenzen in Ostmitteleuropa in den Jahrzehnten um die Mitte des 20. Jahrhunderts, in: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 10), S. 74 f.

⁴ Im Folgenden wird der Begriff „Autonomiestreben“ sehr weit gefasst: Als seine Äußerungen sollen Initiativen für nationale oder regionale Autonomie wie auch – am anderen Ende der Skala – kollektiver Widerspruch durch Unterstützung von Minderheiten-Listen und Abwanderung betrachtet werden.

⁵ PHILIPP THER: Einleitung. Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume“ als Zugang zu einer transnationalen Geschichte Europas, in: Regionale Bewegungen und Regionalismus in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, hrsg. von DEMS. und HOLM SUNDHAUSSEN, Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 18), S. IX-XXIX, hier S. XXVI.

II. Das preußische Oberschlesien⁶ bis zur Teilung

Im Falle Schlesiens wird immer wieder auf die besonderen historischen Voraussetzungen in dieser Region verwiesen, die eine eigengeartete kulturelle Identität der dort lebenden Menschen hervorgebracht habe. In Sonderheit wird dies mit Bezug auf das nationale Bekenntnis speziell der oberschlesischen Bevölkerung angeführt. Dazu kann auf die piastische, böhmische, österreichische und preußische⁷ Vergangenheit des Gebiets verwiesen werden. Soweit eine in den Grundzügen gemeinsame Geschichte – neben der Sprache – etwa nationale Prägung vermittelt, bleibt aber zu beachten, dass Träger der gemeinsamen historischen Erfahrung und Tradition die gebietsansässige Bevölkerung ist. Anders gewendet: Kommt es zu einem Bevölkerungsaustausch derart, dass kein ausreichender Kern an „Hiesigen“ mit dem Gebiet verbunden bleibt, wird auch eine Prägung durch eine lange zurückreichende Geschichte des Territoriums weitgehend hinfällig.⁸

Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein teilte Schlesien das Los manch anderer mitteleuropäischer Kulturlandschaft: Die Herrschaft wechselte, die Bevölkerung blieb. Garnisonen, zunehmend auswärtiges Verwaltungspersonal wie auch zugewanderte Kaufleute und Handwerker blieben marginal, was für eine Zeit, da über 80% der Bevölkerung ihr Auskommen in der Landwirtschaft fanden, nicht überrascht.

Die beginnende Industrialisierung brachte hier allerdings Veränderungen unter verschiedenen Gesichtspunkten: Ausreichende Nahrung hing nicht mehr strikt von der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche ab, weil Produktivitätsfortschritte es ermöglichten, auf demselben Boden höhere Erträge zu erwirtschaften. Eine rasch voranschreitende Verkehrserschließung⁹ konnte

⁶ Das Oberschlesien, von dem in diesem Beitrag gehandelt werden soll, ist am ehesten durch die Grenzen der im November 1919 gegründeten preußischen Provinz Oberschlesien bezeichnet, was nicht heißen soll, dass immer das ganze oder ausschließlich dieses Gebiet in den Blick genommen wird.

⁷ Mindestens ebenso häufig – und möglicherweise korrekter – wird nur die jeweilig herrschende Dynastie genannt.

⁸ Oberschlesien (Reg.bez. Oppeln) wies seit 1865 einen Wanderungsverlust auf (vgl. WILHELM VOLZ: Oberschlesien und die oberschlesische Frage, Breslau 1922, S. 53), der sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jh.s auf 2,7% belief (Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Jg. 10, 1912, Berlin 1913, S. 87, eigene Berechnungen). Als Saldo schließt dies einen Austausch nicht unbedingt aus, es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich hier die Industriearbeiterschaft ganz überwiegend aus der eigenen Landbevölkerung rekrutierte. – Als Beispiel für die Auswirkung eines sehr weitgehenden Bevölkerungsaustausches auf regionales Identitätsbewusstsein mag der nach 1989 erkennbare Unterschied zwischen dem vormals niederschlesischen Gebiet und Oberschlesien gelten.

⁹ Alle wichtigen Städte Oberschlesiens waren bereits in den 1840er Jahren an das deutsche Eisenbahnnetz und an die österreichische Nordbahn angeschlossen worden. Vgl. HANS-JAKOB TEBARTH: Technischer und sozialer Fortschritt in den deutschen Ostprovinzen, Berlin 1991, S. 100.

diese Überschüsse in die entstehenden Industriezentren bringen, in der ein steigender Anteil der – nun ebenfalls mobileren – Bevölkerung sein Geld verdiente. Eben solche Zentren entstanden aufgrund von Kohle- und Erzvorkommen vor allem im östlichen Oberschlesien und nahmen nicht nur die überschüssige Landbevölkerung der Umgebung, sondern auch Zuwanderer aus weiter entfernten Regionen auf¹⁰.

Die mit der Industrialisierung einhergehende beschleunigte Alphabetisierung¹¹ und die sich rasch entwickelnde Drucktechnik eröffneten einen gegenüber der bislang vorherrschenden mündlichen Tradierung für viele neuen Weg (und damit auch ein Mittel massenhafter Beeinflussung) der Wahrnehmung der eigenen Vergangenheit. Ebenso schufen diese Faktoren aber auch mehr Transparenz über anderwärts herrschende Verhältnisse, was nicht zuletzt wirtschaftlich motivierte Entscheidungen auf einer erweiterten Informationsbasis ermöglichte.¹²

Über die Selbstidentifikation der ober-schlesischen Bevölkerung ist seit 1918 ausgiebig publiziert worden, denn einerseits divergierten die verschiedenen Anhaltspunkte, wie man sie in Wahlergebnissen und Volkszählungen suchte, beträchtlich und andererseits hatten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs die in einem Plebiszit zu ermittelnde Stimmenmehrheit zu einem der Kriterien des Verbleibs bei Deutschland oder des Anschlusses an den wiedererstandenen polnischen Staat gemacht. Zunächst bleibt festzustellen, dass die Angaben über die Muttersprache in der Volkszählung 1910 keinen eindeutigen Aufschluss über die Identifikation als polnisch oder deutsch liefern. Die Ergebnisse verschiedener Wahlen, wie auch die des Plebiszits 1921, zeigten regelmäßig z.T. erheblich geringere Werte für Kandidaten polnischer Listen bzw. für Polen¹³, als der ermittelte Anteil von 53%, die Polnisch als

¹⁰ Die Bevölkerung in den Städten des Regierungsbezirks Oppeln wuchs zwischen 1816 und 1910 auf das 7,5-fache, während sie sich im ländlichen Raum um das 3,7-fache vermehrte. Vgl. CACILIA MARIA RHODE: Die preußische Statistik als Quelle zur schlesischen Landesgeschichte, Frankfurt/M. 1990, S. 96. Fachpersonal zog aus dem Westen Deutschlands, Arbeiterschaft in begrenztem Umfang – häufig nur auf Zeit – auch aus den östlich angrenzenden Gebieten zu.

¹¹ Für 1871 zählt die preußische Statistik für den Reg.bez. Oppeln unter den über Zehnjährigen noch 24,6% Analphabeten, vgl. RHODE (wie Anm. 10), S. 146. ERNST KOMAREK: Die Industrialisierung Oberschlesiens, Bonn 1998, S. 325, weist allerdings darauf hin, dass diese Rate 1871 in den Industriezentren zumindest nicht niedriger war.

¹² KARL KAISIG nennt für 1913 in Oberschlesien die Zahl von 104 deutschen und 12 polnischen Zeitungen. Vgl. DERS.: Die kulturelle Blüte, in: Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch, hrsg. vom Osteuropa-Institut in Breslau, Berlin 1925, S. 78-83, hier S. 82 f. Nach MIECZYSLAW PATER: Polskie dążenia narodowe na Górnym Śląsku 1891-1914 [Polnische nationale Bestrebungen in Oberschlesien 1891-1914], Wrocław 1998, S. 192, waren es 1914 bereits 23.

¹³ Vgl. u.a. HELMUT NEUBACH: Die Nationalitätenverhältnisse der Provinz Schlesien im Spiegel der letzten Reichstagswahl vor dem 1. Weltkrieg (1912), in: Oberschlesisches Jahrbuch 1/1985, S. 57-83, sowie DERS.: Die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921, Herne 2002. Dort wird auch das Ergebnis des Plebiszits mit 59,7% für

ihre Mutterspracheangaben (und von 4%, die sich als zweisprachig eintrugen).¹⁴

Daraus kann geschlossen werden, dass die Selbstidentifikation der Oberschlesier keine stets mit der Muttersprache einhergehende eindeutige und dauerhafte nationale Zuordnung umfasste. Stattdessen könnte – in Teilen der Bevölkerung – etwa ein begrenzteres „Wir-Gefühl“ vorgelegen haben, das weder allgemein die Deutschen noch alle Polen einschloss. Einer solchen Disposition wäre durch institutionelle Autonomie unterschiedlicher Abstufungen entsprochen worden.

Separatismus im engeren Sinne hatte in Oberschlesien in der Tat bereits eine gewisse Tradition¹⁵, fand aber offenbar nie genug Anhänger, um politisch wirksam zu werden. Das änderte sich im Gefolge des Ersten Weltkriegs, als – unter anderem aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus – eine Reihe von Vorschlägen auf verschiedenen Ebenen diskutiert wurde. So gab es – vermutlich von Industriellen-Kreisen inspiriert¹⁶ – ähnlich wie im (ebenfalls katholischen) Rheinland Pläne für einen international garantierten selbständigen Staat. Wichtige Motive scheinen hierbei die Angst vor Enteignung bei dem befürchteten Entstehen einer deutschen Räterepublik (oder bei einer Einverleibung durch Polen) wie auch vor den angekündigten Reparationszahlungen gewesen zu sein. Eine bundesstaatliche Lösung, wie sie seit 1918 in Zentrumskreisen (seit Ende 1918 Oberschlesische Katholische Volkspartei) erwägt wurde, zielte im Schwerpunkt auf Kulturautonomie.¹⁷

In Polen war bereits im Juli 1920, also vor der Teilungsentscheidung der Alliierten, vom Sejm ein „Organisches Statut“ für eine zukünftige Wojewodschaft Górny Śląsk verabschiedet worden, das diesem Landesteil eine gewisse Autonomie einräumte, die allerdings nicht der eines deutschen Bundeslandes

Deutschland und 40,3% für Polen angegeben (S. 28). Erwähnt seien hier aber auch die Kommunalwahlen 1919, wo nach JÓZEF KOKOT: *Problemy narodowościowe na Śląsku od X do XX wieku* [Nationalitätenprobleme in Schlesien vom 10. bis zum 20. Jh.], Opole 1973, S. 41, polnische Listen im späteren Abstimmungsgebiet mit 55,2% der Stimmen über 60% der Mandate gewannen. Vgl. dazu jedoch die andere Interpretation bei WILHELM VOLZ: *Oberschlesien und die obereschlesische Frage*, Breslau 1922, S. 59.

¹⁴ Statistisches Jahrbuch (wie Anm. 7), S. 9 und 20, eigene Berechnungen.

¹⁵ Sieht man einmal von Initiativen im Teschener Schlesien ab, die auf das Jahr 1848 zurückgehen, kann man als Ausgangspunkt für Oberschlesien die bei der Gründung des *Kurier Górnośląski* 1893 verbreitete Parole „Schlesien den Oberschlesiern“ nennen. Vgl. GÜNTHER DOOSE: *Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1922)*, Wiesbaden 1987, S. 257.

¹⁶ Vgl. DOOSE (wie Anm. 14), S. 156 und 211-233. Diese Unterstützung wurde vom Bund der Oberschlesier (BdO), der das separatistische Anliegen vertrat, gerne aufgenommen (ebenda, S. 213).

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 144-168, und PRZEMYSŁAW HAUSER: *Śląsk między Polską, Czechosłowacją a separatyzmem* [Schlesien zwischen Polen, der Tschechoslowakei und dem Separatismus], Poznań 1991, S. 105-107 und 120 f.

entsprach.¹⁸ Preußen zog im November desselben Jahres mit einem Gesetz über eine selbständige Provinz Oberschlesien nach, während das Reich die Option für einen eigenen Bundesstaat einräumte, über die eine Volksbefragung durchzuführen sei.¹⁹

Quellen zur Informiertheit und zur Motivation des einzelnen Wählers existieren nicht in der erforderlichen Menge und Auswahl, wie sie heute etwa eine wissenschaftlich konzipierte Meinungsbefragung liefern könnte. Es liegt deshalb nahe, ersatzweise Einschätzungen von informierten Akteuren heranzuziehen, die großes Interesse daran haben mussten, zeit- und ortsnah die Interessen der Wähler anzusprechen. Hierbei kann die verdienstvolle Arbeit von Waldemar Grosch²⁰ helfen, der die wichtigsten Topoi der deutschen und der polnischen Propaganda dieser Zeit anhand von hunderten von Plakaten, Flugblättern und Postkarten ausgezählt hat: Danach wurde der Autonomiefrage mit 1,44% der Nennungen in deutschen und 1,4% der Nennungen in polnischen Medien nur geringes Gewicht eingeräumt. Das „Volkstum“, das ja im Plebiszit mit den Ausschlag für die staatliche Zuordnung geben sollte, bringt es immerhin auf 12,5% (deutsche Medien) bzw. 18,49% (polnische Medien) der Nennungen. Dominierend sind auf beiden Seiten aber wirtschaftliche Argumente mit 31,1% bzw. 33,42% der Nennungen.²¹

Wenn so der Schluss erlaubt ist, dass beide Seiten das materielle Interesse zumindest bei den noch Unentschlossenen für das wichtigste Motiv hielten, ist damit noch nicht deren Entscheidungsgrundlage geklärt. Eine rationale Abwägung kann immer nur den jeweiligen Informationsstand widerspiegeln. Dabei werden eigene Erfahrungen regelmäßig stärker gewichtet als Prognosen von dritter Seite – und seien sie auch noch so seriös.

Elemente eigener Erfahrung waren sicherlich die Kriegseindrücke ober-schlesischer Soldaten, die den wesentlich niedrigeren Lebensstandard in Kongresspolen und Galizien belegten²², oder auch die Tatsache, dass in den preußischen Westprovinzen höhere Löhne gezahlt wurden²³ – waren doch 14%

¹⁸ Vgl. die Gegenüberstellung in: Die Stellung Oberschlesiens als deutsches Land gegenüber seiner Stellung als polnische Wojewodschaft, o.O., o.J [ca. 1920].

¹⁹ Gesetz vom 27.11.1920. Siehe Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1920, 2.

²⁰ WALDEMAR GROSCH: Deutsche und polnische Propaganda in der Zeit der Aufstände und des Plebiszits, in: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung, hrsg. von KAI STRUVE, Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 19), S. 63-95.

²¹ Ebenda, S. 90 und 94.

²² PRZEMYSŁAW HAUSER: Zu Fragen einer regionalen Identität in Oberschlesien zwischen 1890 und 1980, in: Die Grenzen der Nationen, hrsg. von KAI STRUVE und PHILIPP THER, Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 15), S. 103-110, hier S. 108, sowie – in demselben Band – TOMASZ KAMUSELLA: Language and the Construction of Identity in Upper Silesia During the Long Nineteenth Century, S. 45-70, hier S. 64.

²³ So betrug 1912 der durchschnittliche Schichtlohn im Steinkohlebergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund 5,03-5,08 RM, während er in Oberschlesien bei 3,64 RM lag (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 78).

der Wahlberechtigten des Plebiszits dorthin und ins übrige Reich ausgewanderte Oberschlesier.²⁴

Gegen diese Erfahrungen setzte die polnische Seite vor allem Versprechungen, die ihrer Art nach nahelegen, dass der Informationsstand der Stimmberechtigten niedrig eingeschätzt wurde: Der talentierte Populist Wojciech Korfanty etwa versprach für den Fall des Anschlusses an Polen jeder Arbeiterfamilie eine Kuh und legte Listen aus, in die sich die häufig im Nebenerwerb eine Häuslerwirtschaft betreibenden Bergarbeiter für eine Parzelle aus deutschem Großgrundbesitz eintragen lassen konnten. In einer Wahlveranstaltung soll er auf die Frage, warum man so viele polnische Mark für eine Reichsmark bekäme, geantwortet haben, dies zeige, dass es in Polen eben mehr Geld gäbe.²⁵ Ob allerdings der detaillierte Artikel des Reichsbank-Vizepräsidenten zum Problem des Kursverfalls der polnischen Mark, der Anfang 1921 in der Presse erschien²⁶, mehr Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte, lässt sich nicht nachweisen.

Zeitgenossen wie Historiker haben verschiedentlich darauf hingewiesen, dass das Abstimmungsverhalten beim Plebiszit weniger eine Frage des Volkstums als eine Manifestation der sozialen Probleme gewesen sei. So etwa auch Stanisław Bieniasz, der fragt: „Wie groß musste die soziale Unzufriedenheit sein, wenn zwei von fünf Einwohnern sich dafür entschieden, die Stimme für etwas abzugeben, das man nicht überprüfen konnte, weil es erst in den Anfängen existierte?“²⁷ Die Tatsache, dass es im östlich gelegenen Industriegebiet mehr Stimmen für den Anschluss an Polen gegeben hat als im westlichen, stärker landwirtschaftlich geprägten Oberschlesien, macht eine solche Diagnose plausibel. Allerdings ist zu fragen, ob es sich allein um Verfolg materieller Interessen im Vertrauen auf die Versprechungen der polnischen Seite gehandelt haben kann. Bieniasz führt weiter die Abneigung gegen den preußischen Staat an.²⁸ Die weiteren Ereignisse liefern hierfür aber keinen Beleg.

III. Die Wojewodschaft Górny Śląsk und die Preußische Provinz Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit

Im September 1922 fand in dem bei Deutschland verbliebenen Teil die oben erwähnte Volksbefragung zur Bundesstaatsoption statt und erbrachte bei

²⁴ Berechnet nach NEUBACH: Die Nationalitätenverhältnisse der Provinz Schlesien (wie Anm. 13), S. 26 und 28.

²⁵ Zu den angeführten Beispielen vgl. u.a. SIGMUND KARSKI unter Mitwirkung von HELMUT NEUBACH: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990, S. 246, 248 und 252.

²⁶ VON GLASENAPP: Polnische Valuta, in: Die Woche. Sonderheft Oberschlesien, Berlin 1921, S. 18 f.

²⁷ STANISŁAW BIENIASZ: Losy Górnosławaków w dwudziestym wieku [Schicksale der Oberschlesier im 20. Jh.], Gliwice o.J. [nach 2000], S. 9 (eigene Übersetzung).

²⁸ Ebenda.

einer Wahlbeteiligung von knapp 80% eine Mehrheit von über 91% für den Verbleib bei Preußen.²⁹ Da hierbei wiederum ein erheblicher Teil derjenigen, die im Plebiszit polnisch gestimmt hatten, diesmal den Verbleib bei Preußen wählten³⁰, kann weder ein mit der Sprache einhergehendes Volkstumsbewusstsein noch die Frage, unter welchem Arrangement regionale Identität am besten aufgehoben sein würde, allein ausschlaggebend gewesen sein.

In der Tat erfreute sich Oberschlesien im polnischen wie im preußischen Teil bis in die 1930er Jahre hinein – zumindest formal – einer Autonomie, wie sie bis heute nicht wieder erreicht worden ist. Dies lag nur zum Teil an den jeweiligen Selbstverwaltungsstrukturen. Mitentscheidend war die von Deutschland und Polen im Mai 1922 unterzeichnete Genfer Konvention, die neben Fragen der Kulturautonomie vor allem Übergangsregelungen zur Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Teilung betraf und deren Kontrollorgane beiderseits der neuen Grenze residierten.³¹ Ihre Geltungsdauer betrug 15 Jahre.

Unter anderem räumte die Konvention der oberschlesischen Bevölkerung das Recht ein, sich für eine der beiden Staatsbürgerschaften zu entscheiden („optieren“). Eine regionale, schlesische Identität als Grundeinstellung hätte dieses Recht – bei ausreichender Autonomie – eher weniger wichtig erscheinen lassen. Gleichwohl machten beiderseits der neuen Grenze bis 1925 jeweils über 100 000 Bürger davon Gebrauch.³² Philipp Ther zieht daraus den Schluss, dass „die Größe der national bewußten Minderheiten“ nach der Teilung zurückging.³³ Geht man von den im jeweiligen Teilungsgebiet beim Plebiszit abgegebenen Stimmen aus, gab es in der Wojewodschaft Górný Śląsk eine deutsche Minderheit von 226 000, in der Provinz Oberschlesien eine polnische Minderheit von 195 000 Personen. Wenn das Optieren aber als Ausdruck einer klaren nationalen Identität interpretiert wird, vermindert sich der Bestand an Personen mit regionaler schlesischer Identität in diesen beiden Gruppen nochmals um etwa die Hälfte.

Hieran wird einmal mehr deutlich, dass die verschiedenen Wahlergebnisse offenbar Resultat von Überlagerungen mehrerer Motive waren. Zunächst ist

²⁹ Vgl. Schlesien nach der Teilung, bearbeitet in der Plankammer des preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin 1924, S. 80.

³⁰ Vgl. die Analyse bei WILHELM VOLZ: Zum oberschlesischen Problem, Gleiwitz 1930, insbes. S. 130 f.

³¹ Vgl. u.a. MAREK MASNYK: Die Situation der Polen im Oppelner Regierungsbezirk in den zwanziger und dreißiger Jahren. Ein Problemüberblick, in: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (wie Anm. 20), S. 97-110, hier S. 107.

³² Vgl. KRYSZTOF HEFFNER und WIESŁAW LESIUK: Ekonomiczne i społeczne skutki podziału Górnego Śląska w 1922 r. [Ökonomische und soziale Folgen der Teilung Oberschlesiens im Jahre 1922], in: Studia Śląska 54 (1995), S. 43-66, hier S. 58 f., oder PHILIPP THER: Der Zwang zur nationalen Eindeutigkeit und die Persistenz der Region. Oberschlesien im 20. Jahrhundert, in: Regionale Bewegungen (wie Anm. 5), S. 233-257, hier S. 237.

³³ THER: Der Zwang (wie Anm. 32), S. 236.

festzustellen, dass ein nicht geringer Teil der Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in Betrieben auf der anderen Seite hatte. Anfang 1923 arbeiteten noch 13 672 Personen aus der preußischen Provinz in der Wojewodschaft Górný Śląsk, wogegen 8 967 von dort ins preußische Oberschlesien zur Arbeit kamen. Bis 1927 kehrte sich das Verhältnis mit 5 000-8 000 zu 10 000-11 000 nahezu um.³⁴ Dies mochte zum einen dem Optieren für das Land des Arbeitsplatzes, zum anderen aber auch dem inzwischen rascheren Aufschwung im preußischen Teil des Industriegebiets geschuldet gewesen sein. Selbstverständlich mussten auch im polnischen Teil alle Mitglieder der Verwaltung – zu der traditionell kaum polnischsprachige Oberschlesier gehörten – Platz machen. Ein auf Grund der Eigentumsverhältnisse zunächst noch geringer Teil des Managements und des technischen Personals³⁵ sowie Angehörige freier Berufe wie Ärzte und Rechtsanwälte, in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit rein deutschsprachig, optierten deutsch – wie der zahlenmäßig kleinere, für die Minderheitenpolitik aber ebenfalls bedeutsame Kreis³⁶ polnischsprachiger Freiberufler polnisch optierte.

Das Fehlen dieser zuletzt genannten Elite der polnischen Minderheit in der Provinz Oberschlesien wird für deren relativ geringen Organisationsgrad und in der Folge für die unbedeutenden Stimmanteile polnischer Listen bei den Reichstagswahlen verantwortlich gemacht.³⁷ Als einzige „Minderheitenorganisationen“ reüssierten in begrenztem Umfang – zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise – die (von Warschau finanziell unterstützten) polnischen Genossenschaften, die 1930 13 000 Mitglieder zählten.³⁸ Dabei hatten die Angaben zur Muttersprache bei den Volkszählungen 1925 noch 535 734 (1933: 365 568, 1939: 40 496) polnisch-, regional- oder zweisprachige Personen ergeben.³⁹

In der Wojewodschaft Górný Śląsk (die außer dem Abstimmungsgebiet auch den polnischen Teil des Teschener Gebiets umfasste) ergab sich ein anderes Bild: Die Stimmen für deutsche Listen zum Schlesischen Sejm machten 1923 28,1%, im Mai 1930 34% (35,4% im ehemaligen Abstimmungsgebiet)

³⁴ Vgl. HEFFNER, LESIUK (wie Anm. 32) S. 55.

³⁵ Vgl. PRZEMYSŁAW HAUSER: Die deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen, hrsg. von RUDOLF JAWORSKI und MARIAN WOJCIECHOWSKI, München u.a. 1997, 2. Halbbd., S. 969-974, hier S. 972, der die Anteile an Management und technischem Personal für 1930 mit 80%, am Industrieigentum mit 85% angibt.

³⁶ Ebenda, S. 58 f.

³⁷ Vgl. u.a. MASNYK (wie Anm. 31), S. 104 f., oder MATHIAS NIENDORF: Die Provinz Oberschlesien und ihre polnische Bevölkerung, in: Deutsche und Polen (wie Anm. 35) S. 811-816, hier S. 814.

³⁸ NIENDORF (wie Anm. 37), S. 815.

³⁹ Vgl. RUDOLF JAWORSKI: Die polnische Grenzminorität in Deutschland 1920-1939, in: Deutsche und Polen (wie Anm. 35), 1. Halbbd., S. 49-69, hier S. 52. Die Proportionen verschoben sich bereits 1933 entschieden zugunsten von Zwei- und Regionalsprachigkeit.

und im November 1930 – nach Verhaftung einiger Listenführer – 16,1% (20,6%) der Wahlberechtigten aus.⁴⁰ Bei Kommunalwahlen 1926 erzielten deutsche Listen sogar einen Stimmenanteil von 42%.⁴¹ Die komplexe Minderheitenarithmetik wird hierdurch nicht einfacher, denn offensichtlich lag selbst bei dem geringsten dieser Ergebnisse die Zahl deutscher Stimmen noch höher als die um die Zahl der deutschen Optanten verminderten Plebiszitstimmen für Deutschland im gleichen Gebiet 1922.

Für beide Gebietsteile ergeben sich so auch für die Zwischenkriegszeit Widersprüche zwischen Organisationsverhalten, Muttersprachenzählungen und Wahlverhalten sowie bei den einzelnen Kategorien in sich. Erklärt werden diese von den meisten Autoren neuerer Zeit mit der Existenz einer noch nicht endgültig geprägten nationalen oder eben dominierend regionalen Identität der Betroffenen.⁴² Es ist dann aber zu fragen, was jeweils die Gewichte in die eine oder andere Richtung verschoben haben könnte oder ob sich die Identität selbst verändert hat.

Zu Beginn des hier betrachteten Zeitabschnitts hätte eine bessere Berücksichtigung der Autonomiewünsche, namentlich im kulturellen, aber auch im personellen Bereich die sich regional identifizierenden Gruppen dem jeweiligen Staat geneigter machen können. Im Gegensatz hierzu ist der Rückgang der Evidenz für Autonomiebestrebungen bzw. Minderheitenzugehörigkeit in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre großenteils den zunehmenden Repressionen durch die Nationalsozialisten und dem immer autoritärer agierenden polnischen Staat zuzurechnen.⁴³

Bedeutsam für den Gesamtzeitraum ist aber jedenfalls ein Vorgang, den Ther als „pragmatische Assimilation“, also die Bereitschaft, sich aus sozialen und ökonomischen Gründen der Mehrheitsnation anzupassen“⁴⁴, charakterisiert hat. Akzentuierter noch stellte Pia Nordblom fest, „daß Minderheit nicht nur ist, wer will, sondern auch, wer es sich leisten kann, denn in Oberschlesien korrespondierte die nationale Einstellung vieler Menschen durchaus mit ihrer sozialen Lage und konnte dementsprechend wechseln“.⁴⁵

⁴⁰ Vgl. OSKAR WAGNER: Polnisch-Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 28 (1987), S. 291-309, hier S. 297 f.; oder JOACHIM BAHLCKE: Die Geschichte der schlesischen Territorien von den Anfängen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Schlesien und die Schlesier, hrsg. von DEMS., München 1996, S. 14-154, hier S. 149 f.

⁴¹ Vgl. THER: Der Zwang (wie Anm. 32), S. 240.

⁴² Als Beispiel mögen die Ausführungen bei PIA NORDBLOM: Die Lage der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien nach 1922, in: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (wie Anm. 20), S. 111-125, hier S. 113 f., dienen.

⁴³ Möglichkeiten hierzu wurden auch eröffnet durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund 1933, Polens Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrags 1934 und das Auslaufen der Genfer Konvention 1937.

⁴⁴ THER: Der Zwang (wie Anm. 32), S. 183.

⁴⁵ NORDBLOM (wie Anm. 42), S. 115.

Wenn hierbei Unterschiede beiderseits der Teilungslinie Oberschlesiens derart festzustellen sind, dass der Grad der Assimilation im Westen höher war⁴⁶, so sollte die trotz Inflation und Weltwirtschaftskrise günstigere Wirtschaftsentwicklung im Deutschen Reich nicht außer Betracht bleiben. Stellvertretend sei die Steinkohleförderung genannt, die in Westoberschlesien vom Basisjahr 1913 bis 1938 um 134% stieg, während sie im östlichen Teil um 11% sank.⁴⁷ Auch wenn andere Bereiche sich nicht genauso günstig entwickelten, so musste doch die deutsche Wirtschaft mit ihrem ungleich größeren Gewicht und ihren gewachsenen und deshalb aus eigener Erfahrung besser berechenbaren Strukturen die größere Anziehungskraft oder – anders gewendet – den größeren Assimilationsdruck ausüben.

Die Zahlen der nach der Besetzung Polens 1939 aufgelegten Deutschen Volksliste (DVL) lassen sich kaum noch als Ergebnis wechselnder Attraktionen materieller Natur interpretieren: Obgleich Nichtaufnahme in die Liste auch erhebliche wirtschaftliche Nachteile bedeutete, war die Empfehlung des Kattowitzer Bischofs Adamski an alle Katholiken, einen Antrag auf Aufnahme zu stellen, eher in der andernfalls drohenden annähernden Rechtlosigkeit der betreffenden Person begründet.⁴⁸ Eine polizeiliche Erhebung 1940 wies für den ehemals preußischen Teil der Wojewodschaft Górný Śląsk zwar noch knapp ein Viertel der Bevölkerung als polnisch- oder schlesischsprachig aus, außerhalb der Volksliste blieben jedoch nur 52 532 Personen, die keinen Antrag gestellt hatten oder abgelehnt worden waren.⁴⁹

IV. Oberschlesien in der sozialistischen Periode

Nach der Übernahme ganz Oberschlesiens durch Polen 1945⁵⁰ wurden die nach September 1939 zugezogenen Deutschen und die Personen der Gruppe I der DVL als Deutsche enteignet, interniert und ausgewiesen. Für die übrigen galt ein „Verifizierungsverfahren“, bei dem sich die Rangfolge der Vertrauenswürdigkeit im Sinne der DVL umkehrte. Rechtsschutz für das Eigentum und Verschonung von Sanktionen wie Sondersteuern, Beschränkungen

⁴⁶ MASNYK (wie Anm. 31), S. 103, führt diese Entwicklung auf ein „Zivilisationsgefälle“ zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der polnischsprachigen „Zwischenschicht“ zurück. Gemeint scheint aber der wirtschaftliche und soziale Status zu sein, denn aus dieser Schicht rekrutierte sich in Schlesien schon stets die Land- und Industriearbeiterschaft.

⁴⁷ Nach KONRAD FUCHS: Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens 1871-1945. Aufsätze, Dortmund 1981, S. 177 und 190, eigene Berechnungen.

⁴⁸ Vgl. JOACHIM ROGALL: Krieg, Vertreibung und Neuanfang. Die Entwicklung Schlesiens und das Schicksal seiner Bewohner 1939-1995, in: Schlesien und die Schlesier (wie Anm. 40), S. 155-223, hier S. 159.

⁴⁹ Ebenda, S. 159-161.

⁵⁰ 1950 wurden hier die Wojewodschaften Kattowitz und Oppeln gebildet, wobei erstere nach Osten und letztere nach Nordwesten in vormals nicht ober-schlesisches Gebiet Erweiterungen erfuhr.

der Eheschließung und Rentenberechtigung veranlassten die einheimische Bevölkerung, sich diesem Verfahren zu unterwerfen.

Dabei gab es erkennbar widerstrebende Interessen: Das Repatriierungsamt war an möglichst vielen Enteignungen interessiert, um Land und Wohnraum für Siedler freizumachen, örtliche Behörden und die Wirtschaftsverwaltung wollten Fachkräfte im Lande halten, und „wilde“ Siedler der ersten Stunde ebenso wie ehemalige Nachbarn hofften, sich am Besitz Ausgewiesener zu bereichern.⁵¹ Mit der Konsolidierung der polnischen Verwaltung jedoch setzte sich eine Tendenz zugunsten der Verifizierung durch, die z.T. sogar zur Rehabilitierung von Mitgliedern der Gruppe I DVL führte. Ein interessantes Phänomen hierbei war, dass die für die polnische Staatsbürgerschaft außer der Verifizierung geforderte Loyalitätserklärung von den Autochthonen, wie die seit langem Ansässigen jetzt genannt wurden, zunächst sehr zögerlich geleistet wurde. In der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte offenbar die Befürchtung, hierdurch – wie zuvor durch Aufnahme in die DVL – bei einer neuerlichen Grenzrevision den eigenen Besitz zu gefährden.

Die im Zuge der Verifizierung bestätigten Eigentumstitel führten bei der Kollektivierungskampagne der 1950er Jahre zu einer deutlichen Abgrenzung zwischen Autochthonen und Siedlern: Letztere hatten lediglich eine Bescheinigung bekommen, das enteignete deutsche Land nutzen zu dürfen, und konnten sich gegen die Übernahme in die Genossenschaften kaum wehren, während die Autochthonen – soweit sie nicht vorher schon Gutsarbeiter gewesen waren – ganz überwiegend weiter als Individualbauern wirtschafteten.⁵²

Für die Alteingesessenen in den Städten dagegen verschlossen sich im Zuge der Zuwanderung von Fach- und Führungskräften aus dem übrigen Polen erneut die meisten Aufstiegsmöglichkeiten und sie verblieben mit wenigen Ausnahmen in der Industriearbeiterschaft. Ein Grund lag in dem ihnen entgegen schlagenden anhaltenden Misstrauen, das die für höhere Positionen nötige Zustimmung der meist außerschlesisch dominierten zuständigen Parteigremien verhinderte.⁵³ In späteren Jahren wirkte die in Oberschlesien vom übrigen Polen signifikant unterschiedliche Ausbildungsstruktur in die gleiche Richtung, denn „unter den weiterführenden Schulen dominierten [...] Einrichtungen mit einem berufsorientierten Profil“.⁵⁴

Für das Oppelner Schlesien stellte die Soziologin Danuta Berlińska in der Tat fest, dass die ansässigen Schlesier zu 90% in Volkspolen dieselbe

⁵¹ Vgl. u.a. EKKEHARD BUCHHOFFER: Die Bevölkerung Oberschlesiens seit 1945, in: Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von RICHARD BREYER, Marburg 1975, S. 46-97, hier S. 60, oder ROGALL (wie Anm. 48), S. 188 und 201.

⁵² Vgl. PHILLIPP THER: Schlesisch, deutsch oder polnisch? Identitätenwandel in Oberschlesien 1921-1956, in: Die Grenzen der Nationen (wie Anm. 22), S. 169- 201, hier S. 197 f.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 195, oder FRANCISZEK JONDERKO: Interethnische Beziehungen in Oberschlesien 1945-1989, ebenda, S. 203-224, hier S. 213 f.

⁵⁴ Siehe JONDERKO (wie Anm. 53), S. 216.

soziale Position innehatten wie ihre Eltern unter den Deutschen.⁵⁵ Hinzugefügt werden sollte allerdings, dass der materielle Anreiz für gesellschaftlichen Aufstieg in der sozialistischen Wirtschaft verhältnismäßig niedrig war: Gehälter für Lehrer, Akademiker, Verwaltungspersonal etc. waren nominal z.T. sogar niedriger als diejenigen für Industriearbeiter.

In Verbindung mit den herben Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit waren dies die Voraussetzungen für ein schlesisches Wir-Gefühl, das sich prinzipiell auf verschiedene Weise hätte manifestieren können. Einparteienherrschaft und Zentralverwaltungswirtschaft verschlossen allerdings jegliche substantielle Form regionaler Autonomie. Es blieben die „innere“ Emigration in eine abgeschlossene Gemeinschaft von Altansässigen oder die Emigration.

In seinem vielbeachteten Werk „Exit, Voice and Loyalty“⁵⁶ hat der Ökonom Albert Hirschman dargelegt, dass Loyalität – für die er als Beispiel u.a. starken Patriotismus nennt – den „trade-off“ zwischen Widerspruch und der Abwanderung von Kunden, Staatsbürgern oder sonstigen Mitgliedern von Kollektiven zugunsten der ersten Alternative verschieben kann. Für die Oberschlesier galt dieses Korrektiv aus den o.g. Gründen allenfalls vermindert. Widerspruch war nahezu unmöglich, und Kosten wie Risiken der Abwanderung nach Deutschland blieben aus einer Vielzahl von Gründen überschaubar: Einkommen und Lebensverhältnisse in der BRD verglichen sich entschieden positiv, eine Fülle von materiellen und organisatorischen Eingliederungshilfen wie auch das Bestehen familiärer und landsmannschaftlicher Netzwerke erleichterten den Neuanfang im Westen erheblich. Die Oppelner Schlesier waren noch dazu durch die Fiktion der weiter bestehenden deutschen Staatsbürgerschaft nach Art. 116 GG begünstigt.

1945 waren in Oberschlesien 806 600 Autochthone (57,7% der Gesamtbevölkerung) gezählt worden.⁵⁷ Trotz Verifikation bekannten sich hier bereits 1952 wieder knapp 80 000 als Deutsche, um einen Pass für die Ausreise zu erhalten.⁵⁸ Insgesamt siedelten bis 1993 aus dieser Region 581 449 Personen als Deutsche oder Menschen deutscher Herkunft in die Bundesrepublik aus.⁵⁹ Obgleich die Ausreise jeweils von polnischer Seite genehmigt werden muss-

⁵⁵ DANUTA BERLIŃSKA: Ślązacy jako wspólnota regionalna w świetle badań socjologicznych na Śląsku Opolskim [Die Schlesier als regionale Gemeinschaft im Lichte soziologischer Forschungen im Oppelner Schlesien], in: Przegląd Zachodni 46 (1990), 2, S. 57-70, hier S. 65.

⁵⁶ ALBERT O. HIRSCHMAN: Exit, Voice and Loyalty, Cambridge/MA 1970; deutsch: Abwanderung und Widerspruch, Tübingen 1974, ²2004.

⁵⁷ MICHAŁ LIS: Ludność rodzima na Śląsku Opolskim po II wojnie światowej (1945-1993) [Die einheimische Bevölkerung im Oppelner Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1993)], Opole 1993, S. 31. Die Zahlen beziehen sich auf die spätere Wojewodschaft Opole und den oberschlesischen Teil der Wojewodschaft Katowice.

⁵⁸ Ebenda, S. 53. Hier handelt es sich um ungefähre Angaben, die sich offenbar auf die gesamte damalige Wojewodschaft Katowice beziehen.

⁵⁹ ROGALL (wie Anm. 48), S. 183. Die Zahlen stammen aus den Statistiken des Bundesausgleichsamts und des Bundesverwaltungsamts.

te, also als reguliert gelten kann, bleibt festzustellen, dass sie in den Jahren 1970-1976, also nach dem Warschauer Vertrag, der auch auf Ausreisemöglichkeiten Bezug nahm, stagnierte: Jährlich waren es gegenüber 6 828 in den 1960er Jahren im Durchschnitt 7 077 Personen. Nach dem Ende dieser einzigen Periode deutlichen (wenn auch kreditfinanzierten) Aufschwungs im sozialistischen Polen hat sich die jährliche Abwanderung bis zum Umbruch 1989 im Schnitt mehr als verdreifacht.⁶⁰

Dieser Verlauf lässt zwei – sich gegenseitig keineswegs ausschließende – ökonomisch basierte Interpretationen zu. Zum einen wurden Kreditverhandlungen zwischen beiden Staaten immer wieder mit der Genehmigung weiterer Ausreisen verknüpft, sodass unter den Oberschlesiern die Rede ging: „Poloki nous sprzedali“ (Die Polen haben uns verkauft).⁶¹ Zum anderen könnten die wirtschaftlichen Perspektiven ein wichtiger Grund für den Ausreiseantrag gewesen sein. Diese Vermutung fassten die übrigen Polen mit der – besonders in den 1980er Jahren verbreiteten – verächtlichen Formulierung „Volkswagen-Deutsche“ zusammen. Ausgewogener scheint es hier, mit Ther⁶² von einer Wahl nach der „Attraktivität konkurrierender Identitätsangebote“ auszugehen: Wirtschaftlich rationales Verhalten erforderte Flexibilität im nationalen Bekenntnis, die durch eine im Kern eher regionale als nationale Orientierung möglich wurde.

V. Die Zeit nach 1989

Die unmittelbar nach dem Umbruch auf weniger als ein Viertel des jährlichen Durchschnitts der 1980er Jahre sinkenden Aussiedlerzahlen in Verbindung mit den in Oberschlesien entstehenden Minderheitenorganisationen und deren politischen Erfolgen geben ein schönes Beispiel für die von Hirschman postulierten Zusammenhänge ab: Während noch 1989 der Antrag zur Gründung einer Minderheitenorganisation vom Wojewodschaftsgericht Oppeln abgelehnt wurde⁶³, konnte sich nach den deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 die „Sozialkulturelle Gesellschaft der Deutschen in Polen“ etablieren. Listen der Minderheit erzielten bei Kommunal-, Regional-, Sejm- und Senatswahlen beachtliche Ergebnisse und stellten Bürgermeister, Abgeordnete und Senatoren.⁶⁴

⁶⁰ Eigene Berechnungen nach den ebenda genannten Zahlen.

⁶¹ DANUTA BERLIŃSKA: Identität und nationale Identifikation der Schlesier in der Region Oppeln nach 1989, in: *Die Grenzen der Nationen* (wie Anm. 22), S. 275-305, hier S. 288.

⁶² THER: *Schlesisch, deutsch oder polnisch?* (wie Anm. 52), S. 201.

⁶³ Vgl. ANDRZEJ SAXON: *Mniejszość niemiecka na tle innych mniejszości narodowych we współczesnej Polsce* [Die deutsche Minderheit vor dem Hintergrund anderer Minderheiten im gegenwärtigen Polen], in: *Przegląd Zachodni* 47 (1991), 2, S. 1-23, hier S. 21.

⁶⁴ Vgl. LIS (wie Anm. 57), S. 110-135.

Die Anerkennung als Spätaussiedler wurde Anfang der 1990er Jahre schwieriger, und manche der Eingliederungshilfen, die bis dahin den Übergang erleichtert hatten, fielen weg.⁶⁵ Hinzu kam, dass sich durch die relative Freizügigkeit im Reiseverkehr die Informationen über Deutschland als mögliche neue Heimat präzisierten und die Perspektiven damit nüchterner eingeschätzt wurden.⁶⁶ Auf der anderen Seite gab es manche Unterstützung der Minderheit und ihrer Organisationen in Polen von Seiten der BRD und der EU.

Gleichwohl war das Gefälle zwischen dem in den 1990er Jahren in Polen und dem in Deutschland erreichbaren Lebensstandard nicht geringer geworden. Über 200 000 Personen hatten auf Antrag zusätzlich zu ihrem polnischen einen deutschen Pass erhalten. Dazu kam eine Arbeitslosigkeit, die jetzt in Polen doppelt so hoch lag wie in Deutschland. Es kann also der Schluss gezogen werden, dass die Möglichkeit zum Widerspruch – oder genauer – zur öffentlichen Artikulation der eigenen Anliegen und zur Mitwirkung an ihrer Vewirklichung (wie es „voice“ im englischen Titel des Buches von Albert Hirschman besser ausdrückt) im Verein mit der regionalen Identität („loyalty“) der Oberschlesier die Gewichte zugunsten des Verbleibs im Lande verschoben hatte.

Im Übrigen entstanden bald weitere schlesische Minderheitenorganisationen und -parteien, deren Mitglieder sich nicht als deutsch empfanden oder bezeichneten. Wenn sie nach Mitgliedszahlen und politischem Gewicht zunächst eher marginal blieben, so lag dies wohl zum einen an der geringen materiellen und organisatorischen Unterstützung von außerhalb und zum anderen daran, dass man keinen potentiellen Schirm in Wechsellagen der Geschichte bieten konnte: Nach soziologischen Erhebungen betrachten sich nämlich fast die Hälfte aller eingesessenen Oberschlesier als „Schlesier“ und nur knapp 10% als Deutsche.⁶⁷

Die Bedeutung der Autonomie zur Mitgestaltung des eigenen Lebensraums wurde am Ende des hier betrachteten Jahrhunderts noch einmal deutlich, als sich die deutsche (oberschlesische) Minderheit 1998 in Zusammenarbeit mit der polnischen Mehrheit erfolgreich für den Erhalt der Wojewodschaft Oppeln einsetzte – auch wenn der Widerstand gegen die Zusammenfassung

⁶⁵ Vgl. ROGALL (wie Anm. 48), S. 184.

⁶⁶ Vgl. hierzu THER: Der Zwang (wie Anm. 32), S. 255, und BERLIŃSKA: Identität und nationale Identifikation (wie Anm. 61), S. 295.

⁶⁷ Siehe hierzu DANUTA BERLIŃSKA: Mniejszość niemiecka na Śląsku Opolskim w poszukiwaniu tożsamości [Die deutsche Minderheit im Oppelner Schlesien auf der Suche nach Identität], Opole 1999, S. 326. Die gezogene Stichprobe zur Befragung bezieht sich für 1990 auf den ehemaligen Regierungsbezirk Oppeln, für 1993 auf die Wojewodschaft Oppeln in den Grenzen von 1975.

mit dem ökologisch und ökonomisch abgewirtschafteten ober Schlesischen Industriegebiet⁶⁸ durchaus ebenso wirtschaftliche Motive hatte.

VI. „Ubi bene ibi patria“?

Die kurze Skizze des Wahl- und Wanderungsverhaltens der Bevölkerung Oberschlesiens erfolgte nicht in der Absicht, kulturelle Identität als Grundmotiv in Zweifel zu stellen und damit den Ausspruch Ciceros⁶⁹ zur Devise der Oberschlesier zu erklären. Zwar wird in einem Überblick von Julian Bartosz und Hannes Hofbauer zur schlesischen Geschichte das Kapitel: „Die nationale Frage. Das neue Schlesiertum“ unter das Motto gestellt: „Wo es mir besser geht, dort ist mein Heimatland“, das dort als „schlesischer Sinnspruch“ bezeichnet ist.⁷⁰ Zur Entscheidung der Frage nach einer ober Schlesischen kulturellen Identität trägt jedoch sicherlich folgende Feststellung Leopold von Ranke mindestens ebenso viel bei: „Nicht dort ist unser Vaterland, wo es uns endlich einmal wohlergeht. Unser Vaterland ist mit uns, in uns.“⁷¹

Es sollte vielmehr gezeigt werden, dass „kulturelle Identität“ – hier an die Stelle des Begriffs „Vaterland“ oder „Heimatland“ gesetzt – aus den heute belegbaren Manifestationen erst sehr sorgfältig „herauspräpariert“ werden muss, da sie eben nicht offen zutage liegt. Ein Werkzeug hierzu kann – unter anderen – die Prüfung möglicher gleichgerichteter wirtschaftlicher Beweggründe sein. Dabei erweist sich als Vorteil, dass sich materielle Interessen durch eine gewisse Unempfindlichkeit gegenüber kulturellen Hintergründen auszeichnen. Andererseits besteht auch hier eine „offene Flanke“ in der Ermittlung der individuellen Informationslage zum Zeitpunkt der Entscheidung, für die es häufig nur Indizien gibt.

Vielleicht dient es der Analyse, wenn das Explanandum „kulturelle Identität“ in einer hierarchisch vorgestellten Grundlegung des menschlichen Handelns als Teil⁷² der Weltbilder interpretiert wird, von denen Max Weber sagte:

⁶⁸ Für eine kurze, aber eindringliche Charakterisierung der Situation aus damaliger Sicht vgl. STANISŁAW BIENIASZ: Regionalizacja i federalizacja. Zaczynijmy od Górnego Śląska, in: *Kultura* (Paris) 10.1990, S. 77-87, deutsche Übersetzung (in Auszügen): Regionalisierung und Föderalisierung. Beginnen wir mit Oberschlesien, in: *Lokale und regionale Selbstverwaltung in Polen. Diskussion und Entwicklung nach 1990*, bearb. von KARL V. DELHAES (Dokumentation Ostmitteleuropa 20 [1994], H. 5), S. 250-254.

⁶⁹ MARCUS TULLIUS CICERO: *Tusculanae disputationes*, 5, 37.

⁷⁰ JULIAN BARTOSZ, HANNES HOFBAUER: *Schlesien. Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau*, Wien 2000. Der originär schlesische Gehalt darf wohl mit Fug und Recht bezweifelt werden. Im Übrigen verweist die Qualifikation „besser“ nicht unbedingt ausschließlich auf die wirtschaftliche Lage.

⁷¹ Zitiert nach der Ausgabe: LEOPOLD VON RANKE: *Über die Epochen der neueren Geschichte und das politische Gespräch und andere Schriften zur Wissenschaftslehre*, München 1917, S. 22.

⁷² Hierzu gehören dann auch die religiöse Bindung (die hier – trotz ihrer anerkannt großen Bedeutung gerade für die Oberschlesier – nicht berührt wurde) ebenso wie ideologische Prägung und anderes mehr.

„Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘ welche durch die ‚Ideen‘ geschaffen werden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“⁷³

Verschiedentlich wird bei der Beurteilung wirtschaftlichen Handelns aus der Sicht anderer Disziplinen (aber auch in den Wirtschaftswissenschaften selbst) übersehen, dass es individuelle Präferenzskalen sind, die den Nutzen bestimmen, den – im heuristischen Modell – der *homo oeconomicus* zu maximieren trachtet. Hier liegt die Bedeutung der ‚Weltbilder‘, deren Konturen in Rückschau auch durch Untersuchungen genauer bestimmt werden können, die sich der Hypothese ökonomisch rationalen Verhaltens bedienen.

⁷³ Zitiert nach der Ausgabe: MAX WEBER: Einleitung in die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Schriften 1915-1920, Tübingen 1991, S. 11.